



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/186 - 15.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Jugoslawiens Kommunisten suchen neue Wege	S. 2
Die Praktiken des Saar-Regimes	S. 3
Deutsches Schicksal in Polen - eine Buchbesprechung	S. 5

Zur Note der Bundesregierung an Moskau

Von maßgebender sozialdemokratischer Seite wurde zu der Note der Bundesregierung an die Regierung in Moskau erklärt:

"Die Bundesregierung hat in ihrer Note an die sowjetische Regierung festgestellt, dass eine Erörterung der von Moskau vorgeschlagenen Normalisierung der diplomatischen, kommerziellen und kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion nicht von einem Gespräch über die staatliche Einheit Deutschlands und die Freilassung der noch in der Sowjetunion festgehaltenen Deutschen getrennt werden könne.

Diese zweite Frage wird als "unerlässliches Element" der Normalisierung dieser Beziehungen bezeichnet, was sicher der Auffassung aller Deutschen zu beiden Seiten des Eisernen Vorhanges entspricht.

Was die Frage der staatlichen Einheit Deutschlands betrifft, so ist zu begrüßen, dass sie als notwendiger Verhandlungsgegenstand genannt wird. Entscheidend wird aber sein, wie weit sich die Bundesregierung mit dieser Forderung in Moskau wird durchsetzen können.

Die Ergebnisse der Genfer Konferenz, nach denen über die deutsche Frage im Zusammenhang mit dem Problem der europäischen Sicherheit erst wieder auf der kommenden Außenministerkonferenz Ende Oktober gesprochen werden soll, offizielle Stellungnahmen, vor allem auch von sowjetischer Seite, die in der Zwischenzeit erfolgt sind, wie schließlich die Tatsache, dass die Pariser Verträge selbst der Bundesregierung in der Wiedervereinigungsfrage keine Handlungsfreiheit geben, sind jedenfalls keine ermutigenden Voraussetzungen dafür, dass in Moskau Fortschritte in der deutschen Frage erzielt werden können."

* * *

- 2 -

Absage an das Kominform

Lp, Belgrad

"Proletarier aller Länder vereinigt euch" lautet das Emblem auf der Titelseite der in Belgrad erscheinenden Monatsschrift "Kommunist". Sie ist die maßgebende Diskussionstribüne des jugoslawischen Kommunismus. Das zeigt die Bedeutung einer im "Kommunist" veröffentlichten Studie des ZK-Mitgliedes Veljko Vlahovic "über neue Formen der sozialistischen Zusammenarbeit". Der Verfasser war Vertreter Jugoslawiens im Komintern, ist heute im Vorstand des jugoslawischen "Sozialisten-Bundes".

Vlahovic bescheinigt dem Kominform, dass es seine Rolle ausgespielt habe, verlangt neue Wege des Zusammengehens aller sozialistischen Kräfte der Welt und greift auf ein Wort Engels zurück, wonach in einer Internationale sich "alle sozialistischen Nuancen sozialistischer Überzeugung" zusammen finden müßten. Der Zusammenstoß des Jahres 1948 ist für Vlahovic nicht nur der Zusammenstoß zwischen Kominform und Jugoslawiens Kommunismus gewesen, sondern der Zusammenprall zwischen der Tendenz eines organisatorischen und ideologischen Monopols und der zeitgenössischen Entwicklung des Sozialismus, die "Schablonen und Monopole bricht" und ihren gesetzmäßigen Ausdruck in der Ungleichmäßigkeit der sozialistischen Entwicklung in den verschiedenen Ländern findet. Vlahovic erkennt sehr wohl, dass dieser Prozess der Erneuerung nur allmählich reifen kann, dass ihm eine Säuberung des Terrains vorangehen muß.

"Es wäre eine Dummheit, wollte man heute schon bestimmte Formen der künftigen sozialistischen Zusammenarbeit vorschreiben", schreibt Vlahovic. Er hat damit die Initiative zu einer neuen Diskussion ergriffen. Aber erwartet von ihr keinen "ideologischen Kompromiss", im Gegenteil; im Rahmen einer weltumspannenden sozialistischen Zusammenarbeit auf Grund des gegebenen Bestehens kommunistischer und sozialistischer Parteien verschiedener Prägung, übrigens auch der gewerkschaftlichen Vereinigungen - die Vlahovic ausdrücklich erwähnt, - soll Diskussion immer möglich sein, stets offen bleiben, gemäß der Erkenntnis, dass sich die Weiterentwicklung der sozialistischen Kräfte in den einzelnen Ländern in verschiedenen Etappen und auf verschiedenen Bahnen, d.h. also ungleichmäßig, vollzieht.

Enttäuschte Volksfront-Erwartungen

Jugoslawien nimmt für sich in Anspruch, Ausgangspunkte für neue sozialistische Entwicklungsformen gewonnen zu haben. Das Experiment der Selbstverwaltung der Betriebe durch ihre Belegschaften hat schon zu gewissen Resultaten geführt. Soeben läuft das Experiment an, das Schwergewicht eines großen Teils der Verwaltung des Landes auf die "Kommunen" zu verlagern. Die kommunistische Partei will, mindestens nach aussen hin, nicht mehr so stark in der Führung, sondern in der Belehrung, Erziehung und Überzeugung ihre Aufgabe sehen. Auf dem Wege über die Massenorganisation des "Sozialisten-Bundes" soll das Klassenbewußtsein der arbeitenden Schicht gestärkt werden.

15.8.1955

Die Erwartungen, die man an die propagandistische Zugkraft der in "Sozialisten-Bund" umgewandelten früheren Volksfront im Ausland geknüpft hatte, sind nicht in Erfüllung gegangen. Vlahovic findet sich damit ab, indem er behauptet, die politische und gesellschaftliche Organisation Jugoslawiens kämpfe nicht darum, in diesen oder jenen Verein aufgenommen zu werden. Mit dieser negativen Erkenntnis soll es aber nicht sein Bewenden haben, denn: "Wir sind zwar so, wie wir sind, gleichgültig, wem dies zusagt oder nicht, - aber wir sind keine Welt für uns allein, leben in einer Umwelt, deren Teil wir sind und müssen darum nach Berührungspunkten mit anderen Organisationen und Bewegungen, in erster Linie der Arbeiterwelt, suchen."

Somit unterstreicht Vlahovic im Presseorgan des ZK der jugoslawischen Kommunisten noch einmal, dass er keinen Plan aufgestellt hat, dass aber nach jugoslawischer Meinung die Zeit gekommen ist, eine internationale Diskussion über neue, zeitgemäße Formen der sozialistischen Zusammenarbeit in Gang zu setzen. Die Zukunft wird zeigen, welches Echo dieser jugoslawische Vorstoß in der sozialistischen und in der kommunistischen Welt des Westens und des Ostens auslöst. Dass er sich an beide Welten richtet, geht aus den Darlegungen Vlahovics unverkennbar hervor.

* * *

"Heimweh nach Deutschland"-verboten !

Man schreibt uns aus dem Saargebiet:

An der Saar hat die Freiheit - auf drei Monate befristet - seit kurzem begonnen. Auch Ministerpräsident Hoffmann versprach, die Vorschriften der Abstimmungsgesetze loyal zu beachten. Auf diesen guten Willen zur Vertragstreue vertrauten die Delegierten der europäischen Kontrollkommission, als sie der Verabschiedung dieser Gesetze im saarländischen Landtag zustimmten. Denn ihr Wissen um die Behendigkeit Hoffmanns, den Freiheitsbegriff zu variieren, ist noch ohne die Erfahrungen, die das Volk an der Saar seit Beginn der separatistischen Ära bis zum Überdruß gewinnen konnte.

Allerdings hätten bereits die Anfänge der freiheitlichen Neuregelung an der Saar die Angehörigen der Kommission stutzig machen müssen. Über ihre Anregung, die Gesetzesverlagen auch den Oppositionsparteien zugänglich zu machen, ging die Saarregierung kommentarlos hinweg. Stattdessen wiederholte sie die alten Anschuldigungen gegen die Völkerbunds-Delegation von 1935, mit deren angeblich unkorrekter Wahlvorbereitung man gerne das Ergebnis der damaligen Volks-

15.8.1955

abstimmung - 90,8 v. H. entschieden sich für Deutschland - erklären möchte. Das war eine bemerkenswerte Taktlosigkeit gegenüber der heutigen Delegation, die die gleichen Aufgaben zu erfüllen hat.

Es ist offensichtlich, dass neben dem unstrittenen Inhalt der Abstimmungsgesetze auch die geringe Vorbereitungszeit zur Wahlaufklärung ein schwerer Nachteil für die deutschen Saarparteien darstellen. Drei Monate - so nahm man zunächst an - können kaum ausreichen, um das Übergewicht der zehnjährigen Hoffmann-Propaganda mit allen Mitteln neuzeitlicher Publizistik auszugleichen. Aber die Erfahrungen der ersten Wochen haben bei vielen Beobachtern zu einer zuversichtlicheren Beurteilung der Lage im Sinne der deutschen Oppositionsparteien geführt.

Der europäischen Abstimmungskommission liegen zahlreiche Beschwerden über gesetzwidrige Handlungen der Regierung vor: Radio Saarbrücken sendet einen völlig einseitig ausgerichteten Nachrichtendienst und verbreitete vor kurzem einen Text, in dem die Bevölkerung zum Ja für das Saar-Statut aufgefordert wurde, während das Gesetz die Einschaltung des Rundfunks in den Wahlkampf untersagt. Durch Regierungsverordnung wurde die Reihenfolge der Plakatanschläge nach dem Ergebnis der letzten Landtagswahl festgelegt - die deutschen Parteien, die damals noch verboten waren, sind dadurch naturgemäß benachteiligt. Zum Schutze der Regierungsparteien stellt Dr. Hector nach zuverlässigen Informationen aus Polizeieinheiten Sonderkommandos zusammen, die in Zivil operieren und nur einer besonderen Kommission der Regierung verantwortlich sein sollen, womit die Voraussetzungen für eine Wiederholung des "Falles Geiger" geschaffen wären. Ferner läuft in Saarbrücken eine Broschüre über das Saar-Statut um, die, mit einem Vorwort Hoffmanns versehen, aus öffentlichen Mitteln finanziert wurde, und umfangreiche Gelésammlungen werden bei Firmen durchgeführt, die vorwiegend von öffentlichen Aufträgen abhängig sind.

Das ist nur ein unvollständiger Auszug aus dem Katalog der Versuche der Hoffmann-Regierung, einen einseitigen und unzulässigen Druck auf die freie Meinungsbildung der Saarbevölkerung auszuüben. Besonders bezeichnend ist aber die Entscheidung der saarländischen

Filmprüfstelle, dass der Kriegsgefangenenfilm "Heimweh nach Deutschland" im Saargebiet nur aufgeführt werden darf, wenn sein Titel geändert und nicht als Wiedergabe der möglichen Stimmung an der Saar angesehen werden könne... Diese stünde freilich den tatsächlichen und völlig europafernen Absichten Hoffmanns entgegen, die er einst selbst in "Paris Press" bekannte: "Es ist der tiefste Wunsch aller Politiker an der Saar, die Politik ihres Landes auf die des französischen Außenministeriums abzustimmen."

* * *

"Das Deutschtum in Polen 1918-1939"

Zu einem Buch von Otto Heike

r. Die Zeit, in der die Deutschen eine starke Minderheit in dem Polen der Weimarer Republik und der ersten sechs Jahre des Hitler-Regimes bildeten, trägt für viele unter uns und besonders die Jungen, fast schon historische Züge. Ein Buch frischt die Erinnerung an diese Zeit auf: "Das Deutschtum in Polen 1918 - 1939" von Otto Heike, 1955 im Selbstverlag des Verfassers erschienen. Es ist fast 300 Seiten stark, mit ausführlichen, allein 22 Seiten füllenden Angaben über das Schrifttum zur Entwicklung des Deutschtums in Polen, mit Quellenachweis und vielen Spezialdokumentationen.

Heike, der weit über ein Jahrzehnt als politisch aktiver Volksdeutscher in Polen, in Lodz, gelebt hat, nennt sein Buch bescheiden einen "Auslandspunkt" für eine erschöpfende Arbeit, die noch zu leisten wäre. Aber man kann sich kaum eine gründlichere Darstellung des Gegenstandes denken. Es bietet eine Fülle von statistischen Angaben über die Zahl der Deutschen in Polen, aufgegliedert nach Wojtschaften, Kreisen, Städten, mit Vergleichsziffern aus dem Jahre 1921, 1926, 1931 und 1938/39, Untersuchungen über die rechtliche Lage der Deutschen in Polen, ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung, ihre politische, kirchliche und allgemeine kulturelle Lebensform, wobei besonders sorgsam das Schulwesen behandelt wird, ihre Zeitungen und Zeitschriften, das Vereinwesen und vieles andere

mehr. Oft sind es wirklich überraschende Tatsachen, die man erfährt und die beweisen, welche Rolle das Deutschtum einmal in Polen gespielt hat, beginnend mit der Zeit im letzten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts.

Wieweit das alles zurückliegt, zeigen die beiden Sätze aus dem historischen Rückblick: "Die deutschen Siedler waren im damaligen Polen recht gern gesehen, weil sie als wertvolles, aufbauendes Element geschätzt wurden. Um der Einwanderung noch größeren Auftrieb zu geben, beschloss der polnische Sejm im Jahre 1775, jeglichen Grunderwerb durch die ins Land kommenden Ausländer freizugeben, später richtete der Sejm sogar direkte Aufforderungen an die Ausländer zur Einwanderung nach Polen und auch die polnische Verfassung vom 3. Mai 1791 kam den Einwanderern weitgehend entgegen, indem sie ihnen völlige Freiheit in kulturellen, kirchlichen und wirtschaftlichen Dingen zusicherte."

Der entscheidende Einschnitt war dann, nach einem ewig wechselnden Auf und Ab in den deutsch-polnischen Beziehungen während über 1 1/2 Jahrhunderten, das Jahr 1939, mit dem sich die Lage der deutschen Minderheit in Polen zusehends verschlechterte, bis zu einer katastrophalen allgemeinen Unsicherheit an Besitz und Leben und jenem furchtbaren Hass- und Verfolgungsausbruch am Beginn und am Ende des letzten Krieges. Mit großer Sachlichkeit werden die Ursachen dafür aufgezeigt, die Zusammenhänge blossgelegt und ein erschütterndes Bild dieser deutschen Volksgruppe entworfen, ihres harten Kampfes um Selbstbehauptung und ihres tragischen Endes.

Verantwortlich: Peter Raunau